

UNO

“Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, (...), unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen (...) erneut zu bekräftigen, den sozialen Fortschritt (...) zu fördern, haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken”.

Aus der Charta der Vereinten Nationen,
26. Juni 1945

Abstract

Schatten und Lichter. Während einige Staaten und Medien daran Interesse haben, die UNO zu schwächen, und deshalb die Schwerfälligkeit ihres Apparates unterstreichen, wird hier versucht, ihre Rolle positiv zu sehen. Um in einer Zeit der Interdependenz das totale Chaos zu vermeiden und die Regierbarkeit zu sichern, sind nämlich wirksame Formen der Kooperation, der Mitbestimmung sowie der Wirtschafts- und Sozialgerechtigkeit erforderlich. Es sind dringende Reformen nötig, um die Funktionsfähigkeit der UNO zu gewährleisten und zugleich die ihr zugrunde liegenden Universalprinzipien aufrecht zu erhalten. Italien, das sich erfolgreich für das Todesstrafemoratorium und in Peacekeeping-Aktionen engagiert hat, kann dazu seinen Beitrag leisten.

Was ist die UNO?

Die Lehrerin stellt den Schülern der 5. Klasse eine Referentin vor: – *“Mit Frau Maria werden wir heute über die UNO sprechen. Ihr habt bestimmt schon mal die Blauhelme im Fernsehen gesehen...”* In ihrer Verlegenheit fängt Maria mit einer provokatorischen Frage an: – *“Wer ist der Chef der Welt?”* Einige Schüler antworten ohne Zögern: – *„Der Präsident der Vereinigten Staaten!”*.

Gehen wir also von der kollektiven Vorstellung aus. Die Blauhelme und die Ohnmacht der UNO. Darfur, Elfenbeinküste, Liberien, Äthiopien und Eritrea, Demokratische Republik Kongo, Haiti, Osttimor, Libanon, Nahost, Zypern, Georgien und Kosovo: wo Spannungen herrschen, dort ist die UNO. Das sind nur einige Gebiete, in denen die Blauhelme heute tätig sind, um das Motto umzusetzen, das in der Nachkriegszeit 51 Staaten und ebenso viele Nichtregierungsorganisationen in Reaktion auf die Shoah zu eigen gemacht hatten: "Nie wieder". Auf diesem Imperativ wurden zunächst der Völkerbund und dann die Vereinten Nationen gegründet. Jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: Der Völkerbund war nämlich in der Überzeugung entstanden, dass alle Nationen fair und gerecht seien und das Wohl der Menschheit vor ihre eigenen Interessen stellen würden, während die UNO angesichts des Holocausts anerkennen musste, dass die Nationen unfair, egoistisch und nur in beschränktem Ausmaß kooperationsbereit sein können, wie die zaghaften internationalen Polizeiaktionen zur Eindämmung der Gewalt zeigen.

Damit aber die Schüler der 5. Klasse, und nicht nur sie, in ihrer Erwartung nicht enttäuscht werden, schauen wir, wer den Blauhelm trägt. In der ganzen UN-Geschichte werden wir keinen einzigen Soldaten aus den Vereinigten Staaten finden. Auf diese Weise wird eine übernationale Autorität nicht anerkannt, die sich tagtäglich mit den Mitteln der Diplomatie sogar ihren Gründerstaaten gegenüber durchkämpfen muss. Auch heute fehlt der UNO die Unterstützung der Staaten, die im Sinne des Art. 43 der Charta Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit gewähren sollten. Sie ist machtlos gegen Massaker und muss von ihren Mitgliedern, die sich ja mitverantwortlich fühlen sollten, die Zurverfügungstellung von Streitkräften und Mitteln erbitten, um überhaupt reagieren zu können. Oft zwingen sie die internationalen Gleichgewichte zur Ohnmacht, und dann kann sie nur zuschauen, wie die Gewalt ungestört eskaliert. Dabei beschränkt sie sich auf Empfehlungen oder auf die im Art. 41 angeführten gewaltfreien Sanktionen, wie die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und

Funkverbindung sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den symbolischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Trotz der Delegitimierungsversuche einiger Staaten und der Terroranschläge gegen ihre Außenämter ist die UNO immer noch das wichtigste Instrument, das den Völkern zur Verfügung steht, um dem Krieg vorzubeugen, der die extreme Folge der Antipolitik und der Dialogunfähigkeit ist. Die Charta der Vereinten Nationen lehnt den Krieg ab und verbietet die Gewaltanwendung zur Beilegung der zwischenstaatlichen Streitigkeiten. Dabei wird die "Politik" als Hauptweg zur Lösung der Konflikte definiert. Jedoch reicht eine solche Definition nicht aus, es soll vielmehr einen Ort geben, wo man der Gegenpartei begegnen kann, statt sie in Misskredit zu bringen, einen Ort, wo der US-Botschafter - wenn nicht absichtlich, so mindestens zufällig - den Gesandten von Mahmud Ahmadinejad treffen kann.

Die UNO gründet auf drei Pfeilern: Friede, Respekt, Zusammenarbeit. Im Sinne der Charta ist die Erhaltung des Friedens nicht möglich, ohne "freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln". Je mehr Austauschmöglichkeiten im Rahmen dieser Organisation geboten werden, desto weniger notwendig ist es, Listen von sog. "Schurkenstaaten" zu erstellen. Die Zusammenarbeit im Rahmen von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Projekten ist der beste Weg, um der Interdependenz, die unser Zeitalter kennzeichnet, gerecht zu werden.

Laut dem 8. Millenniumsentwicklungsziel MDGS ist eine Zusammenarbeit im Sinne der menschlichen Entwicklung angestrebt, um jeden Tag gegen den Hunger, die Naturkatastrophen, die Desertifikation, die Armut infolge der Überbevölkerung oder der Korruption, den "unfairen Markt", der Unmengen von Müll produziert, die unregelmäßige Bodennutzung, den Analphabetismus und die damit verbundene Gewalt gegen Frauen zu kämpfen.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben verfügt die UNO über eine Reihe von Instrumenten, d.h. über verschiedene Spezialorganisationen, Abteilungen und Ämter, die sich sowohl mit Notsituationen als auch mit komplexen strukturellen Problemen befassen. Dieses vielschichtige "System der Vereinten Nationen" wurde am Anfang dieses Jahrtausends mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Das System

Die Hauptorgane der UNO (http://www.un.org/aboutun/chart_en.pdf) sind die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Treuhänder, das Internationale Gerichtshof und der Generalsekretär.

Der Sicherheitsrat hat 15 Mitglieder, davon sind die Vereinigten Staaten, Russland (als Nachfolger der Sowjetunion), China, Großbritannien und Frankreich ständige Mitglieder, die über das sog. Vetorecht verfügen. Die anderen 10 nichtständigen Mitglieder werden jeweils auf zwei Jahre von der Generalversammlung gewählt. Die Zuständigkeit des Sicherheitsrates beschränkt sich auf die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, jedoch sind seine Beschlüsse bindend und durchsetzbar.

Die Generalversammlung hat weitgehende Kompetenzen, aber kaum bindende Beschlussfähigkeit, die übrigens dadurch gelähmt wird, dass alle Mitgliedstaaten das gleiche Stimmrecht haben. Die Stimme von Grenada zählt nämlich genauso wie die von Indien. Andererseits würde ein von der Bevölkerungszahl abhängiges Stimmrecht die Länder mit größerem BIP und geringerer Bevölkerung verunsichern.

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) (<http://www.un.org/ecosoc/>) wird von der Generalversammlung gewählt und sollte die Weltwirtschaft auf soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ausrichten.

Der Generalsekretär vertritt die UNO und wird von der Generalversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates gewählt. Er ist die Exekutive der Organisation.

Der Internationale Gerichtshof setzt sich aus 15 Richtern zusammen und kann sowohl Rechtsstreitigkeiten zwischen Staaten entscheiden als auch der Generalversammlung oder dem Sicherheitsrat Gutachten über rechtliche Fragen erstatten.

Schaut man, wo die verschiedenen Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen ihren Sitz haben (<http://www.un.org/aroundworld/map/>), zeigt sich auf der Weltkarte eine Asymmetrie zwischen Ländern mit hohem und niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Die Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbank), welche die meisten Finanzbewegungen kontrollieren, haben nicht zufällig ihren Sitz in Washington, während in den ärmeren Ländern sich wenige UN-Stabsquartiere befinden.

Die Politik

Oberste politische Aufgabe der UNO ist die Sicherung des Weltfriedens. Schon öfter hat die Organisation internationale Konflikte durch die drei nachstehenden Strategien gelöst:

- *Peacemaking* - Durch die Instrumente der Diplomatie wird nach einer Verhandlungslösung zwischen den Konfliktparteien gesucht.
- *Peace-building* - In Zusammenarbeit mit Spezialorganisationen, Geberländern und NRO fördern die Vereinten Nationen Maßnahmen in von Konflikten betroffenen Ländern, *good governance*, um die Abhaltung freier Wahlen, den Schutz der Menschenrechte und die Wiederherstellung des friedlichen Zusammenlebens zu sichern.
- *Peacekeeping* - Zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit beschließt der Sicherheitsrat Friedenssicherungsmaßnahmen mit vorgegebenem Ziel und Mandat. In den meisten Fällen ist eine militärische Intervention zur Überwachung des Waffenstillstands oder zur Interposition notwendig. Manchmal werden auch Zivilpersonen für die Organisation von Wahlen oder die Beobachtung der Menschenrechte eingesetzt. ZIVILE FRIEDENSKORPS

Die UNO bemüht sich darum, dass die Staaten und die regionalen Organisationen ein Einvernehmen über die sog. globalen Themen (*global issues*) erreichen.

Landwirtschaft www.fao.org Umwelt unep.net Chemische Waffen www.opcw.org Kinder www.unicef.org Wohnungswesen www.habitat.org Klima unfccc.int Handel www.wto.org Nahrung www.wfp.org Desertifikation www.unccd.int Rechte www.ohchr.org Abrüstung www.unidir.org Frauen www.unifem.org Drogen www.unodc.org Wirtschaft www.unctad.org	Bildung www.unesco.org Atomenergie www.iaea.org Justiz www.icj-cij.org Industrie www.unido.org Arbeit www.ilo.org Meer www.imo.org Migration www.unmigration.org Friede www.upeace.org Bevölkerung www.unfpa.org Flüchtlinge www.unhcr.org Gesundheit www.who.org Entwicklung www.undp.org Freiwillige www.unv.org
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Andere globale Themen werden von weiteren Sonderorganisationen behandelt (<http://orgs.unsystemceb.org/>).

Zu genannten Themen kann nicht immer breiter Konsens erreicht werden, da die Staaten nur widerwillig einen Teil ihrer Souveränität an übernationale Organisationen abgeben, auch wenn diese regionalen Charakter haben. Jedoch geben die Konferenz von Bali (<http://unimondo.oneworld.net/article/view/156185/1/>) und das Todesstrafe-Moratorium (<http://unimondo.oneworld.net/article/view/155270/1/>) Anlass zur Hoffnung, dass sich langfristig auch die intransigentesten Staaten mehr Kompromissbereitschaft zeigen werden.

Die wenn auch bescheidenen Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der acht Millenniumsentwicklungsziele MDGS, die Einsatzbereitschaft zur Bewältigung der Flüchtlingsprobleme und der Hungersnot sowie die in den Anfangsjahren geleistete Unterstützung der Befreiungskämpfe vieler Völker zeigen eindeutig, dass der UN-Apparat nicht abgeschafft, sondern im Sinne einer größeren Wirksamkeit reformiert werden muss. Die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Grundsätze und Ziele sind unter den rechtlichen, politischen und moralischen Gesichtspunkt immer noch gültig und stellen die Grundlage der universellen Rechte der Menschen dar, die zum gemeinsamen Gut der „menschlichen Familie“ geworden sind.

In etwas mehr als 60 Jahren ist ein allgemeines Gedankengut entstanden, das sowohl durch die Begehung von „internationalen Jahren“ (<http://www.un.org/events/>) -Mikrokredit, Geschlechtsfragen, Umwelt, Entwicklung, Desertifikation usw. – als auch durch die jährlichen Berichte der verschiedenen Sonderorganisationen verbreitet und aktualisiert wird. Die Agenden des Generalsekretärs in Sachen Frieden, Entwicklung und Demokratie liefern einen Überblick über die politische Situation und über die Reformen, die sich für das begonnene Jahrtausend als notwendig erweisen. Die UNO ist die einzige überparteiliche Einrichtung, die ein umfassendes und getreues Bild der Lebensbedingungen der Menschheit und des Gesundheitszustands unseres Planeten bieten kann, ein Bild, das übrigens Sorgen über das bisher verfolgte Entwicklungsmodell erweckt.

Die Reform

<http://www.un.org/reform/>

Die Grundfrage ist: soll die UNO zum Keim einer Weltregierung werden oder weiterhin lediglich ein „Staatenforum“ sein, das dem Willen einiger Weniger zustimmt, statt selber zu entscheiden?

Die Reform ist ein kontinuierlicher und sehr langsamer Prozess. Die UNO hat eine Generation nutzlos verstreichen lassen. Obwohl nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 die Voraussetzungen für die volle Umsetzung der Charta bestanden, wurde sie durch die Angst vor dem Unbekannten gebremst. Noch heute scheint sich die Organisation nur auf die Gegenwart zu konzentrieren und mit der Vorherrschaft einiger weniger Staaten abzufinden.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, zielen die Reformen auf ein System für die „menschliche Sicherheit“ (*human security*) ab, das von einer vielschichtigen übernationalen Behörde garantiert werden soll. Konkret wird dadurch die „Sicherheit der Menschen“ (*people security*) angestrebt, welche die Nahrungssicherheit, die öffentliche Sicherheit, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und den Umweltschutz umfasst. So sollen „alle Menschenrechte für alle“ (*all human rights for all*) garantiert werden. Dabei handelt es sich um politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle Rechte sowie um das Recht auf Frieden, auf menschliche Entwicklung und auf Umwelt, die untrennbar miteinander verbunden sind. Der moralische Verfall und die Schädigung der Umwelt gehen Hand in Hand, im Norden wie im Süden. Hier wird nur auf zwei Reformvorschläge (aus den Jahren 1997 und 2004) eingegangen:

1997 schlug Kofi Annan einen Plan vor, der sich in drei Bereiche unterteilt:

- a) Reform des aufwendigen bürokratischen Apparats;

- b) durch Verstärkung der Peacekeeping- und Peacebuilding-Aktionen zur effizienteren Bewältigung der Konflikte und der humanitären Krisen.
- c) Ausdehnung der universellen Rechte und erste Ansätze einer Abrüstungsagenda.

Ergebnisse: Der Abrüstungsprozess ist gescheitert, trotz laufender Verhandlungen geht der Handel von Leichtwaffen ungestört weiter und der Atomwaffensperrvertrag ist in eine Sackgasse geraten. Nur begrenzte Ansätze zur Rationalisierung der Finanzressourcen und verbesserte Reaktion auf Notstände werden verzeichnet.

Die Konflikte haben nicht abgenommen, jedoch sorgte die UNO dafür, dass die Menschen in den Flüchtlingslagern und in belagerten Städten wie Bukavu oder Sarajevo nicht mehr verhungern. Damit die humanitären Hilfen aber nicht instrumentalisiert werden, sollten sie nicht die Unfähigkeit oder Machtlosigkeit der politischen Entscheidungsträger verschleiern.

2004 legte die "Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel" den Bericht "Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung" vor, in dem sie den Präventivkrieg verurteilt und Vorbeugungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft, der Gesundheit und des Umweltschutzes vorschlägt. In den verschiedenen Krisengebieten treten nämlich zahlreiche komplexe und miteinander eng zusammenhängende Probleme auf, die neue, komplexe und gewaltfreie Lösungen erfordern, um den Ausbruch von Gewaltkonflikten zu verhindern.

2005 und 2006 kam es zu weiteren Reformversuchen, die sich ebenfalls mit den begrenzten Ressourcen und den verzögerten Beitragszahlungen durch die Staaten, die die UNO als "gemeinsames Haus" nur widerwillig anerkennen, konfrontieren mussten.

Auch die Peace-Research-Institute und die "*global civil society*" haben Vorschläge zur Reform der UNO erarbeitet. So stellt z.B. Johan Galtung die Zusammensetzung des Sicherheitsrates in Frage, weil darin die Christen mehrheitlich und einige Regionen und/oder Religionen der Welt gar nicht vertreten sind. Andere befürchten, dass eine Erweiterung der Repräsentation innerhalb des Sicherheitsrates zur Handlungsunfähigkeit führen würde, die bereits das Versagen des Völkerbundes verursacht hatte. Trotz allem bilden heute die 5 ständigen Mitglieder ein Direktorium, das bestimmte Verantwortungen übernimmt. In Zukunft könnten sie durch regionale Organisationen wie die Europäische Union, die Afrikanische Union oder die Arabische Liga ersetzt werden.

Eine tiefgreifende Reform sollte die Ziele und die Befugnisse des Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation überdenken. Das Vetorecht sollte in Zukunft abgeschafft und in Bezug auf Menschenrechts- und Umweltschutzfragen ab sofort ausgeschlossen werden.

Heute haben internationale Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International, Transparency, Oxfam usw. im System der Vereinten Nationen einen Beraterstatus, jedoch kein eigenes Repräsentations- und Ausrichtungsorgan, obwohl sie sich für die Umsetzung der in der Charta festgelegten Ziele mehr als die Staaten engagieren. Genannte Organisationen sollten in die UNO-Politik - einschließlich der Wahl des Generalsekretärs - einbezogen werden. Um den Pluralismus in der internationalen Demokratie zu fördern, würde genügen, dass sich die Delegationen der Staaten in den jeweiligen UN-Organen sowohl aus Vertretern der Exekutive als auch des Parlaments und der Nichtregierungsorganisationen zusammensetzen würden.

Das derzeitige Abstimmungsverfahren in der Generalversammlung ist nämlich nicht repräsentativ. Wenn in einer großen Miteigentumsgemeinschaft der Eigentümer einer Garage das gleiche Stimmrecht wie der Eigentümer eines Supermarktes hat, kann in der Versammlung offensichtlich kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Derzeit zählt ein Bürger von San Marino 50.000 mal mehr als ein Bürger der chinesischen Republik und natürlich ist Peking mit diesem Privileg nicht einverstanden. Wenn sich das Prinzip "ein Mensch / eine Stimme" nicht durchsetzen kann, weil die

größeren und bevölkerungsreicheren Staaten dadurch zu mächtig würden, sollten eben „gemischte“ Lösungen gefunden werden, die den Völkern eine angemessene Repräsentation gewährleisten.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) sollte in Zukunft dem Sicherheitsrat gleichgestellt und in die Lage versetzt werden, die Wirtschaft auf die menschliche Entwicklung auszurichten.

Jedoch sind sogar innerhalb der UNO selbst verschiedene Auffassungen von Entwicklung vertreten. Das Programm der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung unterscheidet sich im Wesentlichen von der Entwicklungsauffassung anderer Sonderorganisationen wie WTO oder UNIDO.

Die Reformvorschläge betreffen auch einige Artikel der Charta. So ist z.B. der Grundsatz der Selbstbestimmung der Staaten zu überdenken. Dieser Grundsatz hat sicherlich zur Befreiung vieler Völker vom Kolonialjoch beigetragen. Da aber heute in der Welt 2.000 Nationen und 200 Staaten existieren, kann die Bildung und Anerkennung von Splitterstaaten Hunderte von Kriegen auslösen. In diesem Sinne ist der Fall Kosovo/a beispielhaft. Ist überhaupt eine Autonomie vorstellbar, die nicht selbsterklärt sei und nicht durch Gewalt und durch die Errichtung neuer Grenzen, neuer Streitkräfte und neuer bürokratischer Apparate erreicht wird?

Eine ausdehnende Auslegung des Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen - laut der die Staaten nicht nur bei einer unmittelbaren Bedrohung, sondern auch bei einer „bevorstehenden“ oder sogar „latenten“ Bedrohung zur Gewaltanwendung berechtigt seien, ohne sich an den Sicherheitsrat wenden zu müssen – würde einen dramatischen Rückschritt in die Vergangenheit darstellen.

Es wäre hingegen dringend notwendig, die Autorität und Macht des Sicherheitsrates zu stärken und ihn mit den im Art. 43 der Charta vorgesehenen erforderlichen *capacities* (Apparaten, Humanressourcen, Mitteln) für internationale militär- und zivilpolizeiliche Aktionen auszustatten.

Der Grundsatz der Neutralität oder – besser gesagt - der Feigheit ist nunmehr überholt. In den Gebieten, wo die Gewalt offensichtlich nur von einer Seite ausgeht, sind die UN-Truppen durch ihre Neutralität gelähmt und werden in den schlimmsten Fällen zu Mittätern. Laut Andreas Bummel, Mitglied der internationalen Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), sollte dringend die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, der UNO ständig einsatzbereite Eingreifstruppen zur Verfügung zu stellen, die direkt dem Generalsekretär und der UN-Generalstabskommission unterstehen. Der Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 - als in wenigen Wochen mindestens 800.000 Männer, Frauen und Kinder getötet wurden - sowie das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 – als in der “UNO-Schutzzone“ zwischen 8.000 und 10.000 bosnische Muslime ermordet wurden - zwingen uns, das Motto “Nie wieder” wirksamer durchzusetzen.

Rechte Spalte

In diesem Bereich tätige Partner:

ONU Italia

www.onuitalia.it

„Centro per i diritti umani“ der Universität Padua

www.centrodirittiumani.unipd.it

Centro di Ricerca Innocenti IRC

www.unicef-icdc.org

UNICEF Italia

www.unicef.it

Unops - Büro für Projektdienste der Vereinten Nationen

www.unops.org

Tavola per la Pace

http://www.perlapace.it/index.php?id_section=58

Laufende Kampagnen

Millenniumkampagne

www.millenniumcampaign.it

Internationale Institutionen

United Nations System

http://www.un.org/aboutun/chart_en.pdf

(Dieser Artikel wurde in Zusammenarbeit mit Fabio Pipinato verfasst)

Die ganze oder teilweise Wiedergabe in jeder Form der Inhalte dieser Aufsätze (auf Papier oder unter Verwendung elektronischer oder automatisierter Verfahren) für kommerzielle Zwecke und/oder für Zwecke, die mit Gewinnabsichten verbunden sind, ist untersagt. Der Aufsatz kann ganz oder teilweise nur für den persönlichen, didaktischen oder wissenschaftlichen Gebrauch wiedergegeben werden, wobei der Sinn unverändert bleiben muss. Zitate müssen folgenden Zusatz enthalten: Scheda "Onu" di Unimondo: www.unimondo.org/Temi/Politica/Onu